

Zeit für Protest

Parteizeitung der REPUBLIKANER – Ausgabe Juni 2008 (Nr. 06/08)

Alle reden von der steigenden Zahl der Armen. Gefährlicher für den Bestand unseres Sozialstaates ist aber eine andere Entwicklung: Die Mittelschicht bricht zusammen. Millionen Menschen, warnt eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey, droht in den nächsten zehn bis zwölf Jahren der Abstieg aus der Mittelschicht.

Die Mitte stürzt ab

Zur Einkommensmittelschicht gehört, wer zwischen 70 und 150 Prozent des Durchschnittseinkommens verdient. Wer weniger als 50 Prozent hat, gilt als arm, wer mehr als das Doppelte hat, zählt zu den Reichen. Dazu gehört nach dieser Definition übrigens schon jeder Landtags- oder Bundestagsabgeordnete. 2020 könnten zehn Millionen Menschen weniger zur Mitte zählen als noch Anfang der Neunziger, warnt McKinsey. Weniger als die Hälfte der Deutschen machte dann die „Mitte“ aus, von der Politiker so gerne reden, ohne einen Finger für sie zu rühren. Derzeit sind es noch 54 Prozent, im Jahr 2000 waren es noch 62 Prozent, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgerechnet.

Dieser Abstieg läßt sich nicht aufhalten, indem man der gebeutelten Mitte immer mehr Steuern und Abgaben abnimmt, damit der Staat Wohltaten verteilen kann. **Das einzige Rezept heißt: Weniger Bürokratie, weniger Steuern und Abgaben, mehr Arbeitsplätze.** Und was die Sorge um die wachsende Armut angeht: Statt einmütig noch mehr Umverteilung zu fordern, sollten unsere Politiker sich lieber mal fragen, welchen Anteil die importierte Armut an den sozialen Problemen in unserem Land hat. **Dann kämen sie vielleicht zu dem Schluß, daß die beste Armutsbekämpfung ein wirksamer Stop der Unterschichtseinwanderung in die Sozialsysteme wäre.**



Der Putsch von Lissabon

Ausgerechnet an seinem 59. Geburtstag bekam unser Grundgesetz eine Beerdigung dritter Klasse. Am 23. Mai 2008 machte der Bundesrat durch seine Zustimmung die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages perfekt.

Der Vertrag, der den Nationen Europas die gescheiterte EU-Verfassung unterjubeln soll, ohne daß sie ein Wörtchen mitreden können, ist ein Putsch. Er entmachtet die Nationalstaaten und ihre Parlamente, schiebt der EU die Verantwortung für alle wesentlichen Politikbereiche ohne demokratische Kontrolle zu und räumt ihnen nicht einmal die Möglichkeit ein, in Volksabstimmungen über die Aufgabe ihrer demokratischen Souveränität zu entscheiden.



Der Jura-Professor Karl Albrecht Schachtschneider, der gemeinsam mit dem CSU-Dissidenten Peter Gauweiler gegen den Vertrag Verfassungsbeschwerde einlegen will, vertritt die Ansicht, Deutschland sei nach Lissabon keine Demokratie mehr und nach Artikel 20 des Grundge-

setzes gelte jetzt das Recht auf Widerstand.

Auch die Republikaner werden mit allen rechtlich und politisch zulässigen Mitteln weiterkämpfen – gegen die Brüsseler Rätediktatur, für das „Europa der Vaterländer“ und für unser Grundgesetz.

Verfassungsschutz:

„Republikaner nicht rechtsextremistisch“

Es wurde auch Zeit: Im Bundesverfassungsschutzbericht 2007 werden die Republikaner ausdrücklich „nicht mehr als rechtsextremistisch geführt“. Ihre Mitglieder werden auch nicht mehr zum „Rechtsextremismuspotential“ gerechnet. Bereits im Vorjahr war der gesonderte Abschnitt über die Partei gestrichen worden.

Nach Ansicht des Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer ist das eine Bestätigung für den richtigen Kurs der Partei. Der stellvertretende Parteivorsitzende Haymo Hoch äußerte Genugtuung über die „Korrektur einer von Anfang an unberechtigten, allein politisch motivierten Verleumdung der Republikaner“. Sie sei die zwangsläufige Konsequenz einer Vielzahl von Gerichtsverfahren, in denen die Verfassungstreue der Partei bestätigt wurde.

Regierungsdirektor Hoch kündigte an, daß die Republikaner jetzt, nachdem der absurde Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit ausgeräumt sei, verstärkt unter den Beamten und anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes werben würden. Trotz langjähriger Einschüchterungsversuche habe der öffentliche Dienst traditionell einen starken Anteil an der Mitgliedschaft der Republikaner, die stets dezidiert für Recht, Ordnung und Verfassung eingetreten seien. So seien ein Viertel der Mitglieder des Bundesvorstandes Beamte.

Wohin führt der Weg Europas?

Euroregionale Kommunal

Am 21. Juni 2008 findet in Rosenheim der Europakongreß statt.

Namhafte europäische Politiker und Europaabgeordnete werden unter verschiedenen Aspekten die Zukunft Europas aus rechtsdemokratischer Sicht beleuchten. Von deutscher Seite werden die Republikaner an diesem Kongreß, zu dem rechtsdemokratische und patriotische Politiker aus mehreren Ländern erwartet werden, teilnehmen.

Interesse?

Anmeldung per Fax an: 02 51/777 59 73
oder E-Mail: info@rep.de

Einlaß nur mit gültiger Eintrittskarte möglich.

Kommentar ...

Volkspartei ohne Volk

Wofür steht die SPD heute? Für Kopfllosigkeit und Führungschaos, für hohe Steuern und Umverteilung, für Einwanderung und Rundumbetreuung aller sozial angeblich „Benachteiligten“, und natürlich für den „Kampf gegen Rechts“.

An Volkspartei denkt kaum noch einer, wenn er SPD hört.

Der Partei Kurt Schumachers ist das Volk schlicht abhanden gekommen. Sie tummelt sich auf allen ideologischen Spielwiesen, die ihrer 68er-Mitgliedschaft aus in die Jahre gekommenen Lehrern und Politikern so gefallen. Mit der Lebenswirklichkeit der Menschen, mit den Sorgen und Nöten der deutschen Bürger, hat das alles nicht mehr viel zu tun.

Wer jeden Tag morgens aufsteht und hart arbeitet, um über die Runden zu kommen, interessiert sich nämlich nicht für Antifa-Kampagnen und daueraufgeregtes Gutmenschen-tum. Der will sein sauer verdientes Geld auch nicht unbedingt gleich wieder beim Staat abliefern, um ein bißchen was als soziale Wohltaten und Wahlgeschenke später wiederzubekommen. Der macht sich eher Sorgen, daß sein Arbeitsplatz demnächst von der EU ins Ausland wegsubventioniert oder gleich von importierten Lohndrücken übernommen wird.

Die SPD wäre gut beraten, sich mal wieder auf ihre Wurzeln als Arbeiterpartei zu besinnen. Da gäbe es viel zu tun!

SPD

Vernebelte Kriminalstatistik

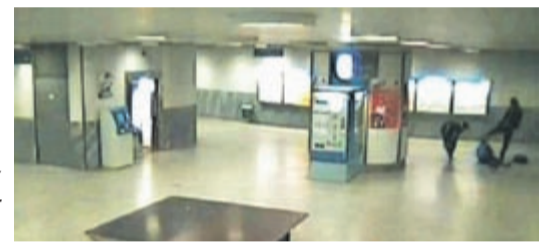
Die Jugendgewalt nimmt überproportional zu, die absoluten Kriminalitätszahlen sinken – nicht zuletzt, weil viele Delikte gar nicht mehr angezeigt werden. Soweit bringt die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik für 2007 nichts Neues.

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble brüstet sich und spielt den Macher, der alles im Griff hat; doch die Fachleute können mit der Kriminalstatistik wenig anfangen, um praktische Konsequenzen aus dem Zahlenwerk zu ziehen. Das liegt vor allem daran, daß die Kriminalstatistik – entgegen früheren guten Vorsätzen – immer noch lediglich die Staatsangehörigkeit der Verdächtigen erfaßt, aber nicht den „Migrationshintergrund“.

Taten, die von eingebürgerten Ausländern begangen wurden, schreibe die Statistik pauschal den Deutschen zu – mit der Folge, daß „hier geborene Deutsche in einem viel höheren Maße kriminali-

siert werden, als sie kriminell sind“, kritisiert Rolf Jäger, stellvertretender Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter. Und weil die tatsächlichen ethnischen Verhältnisse in der Jugendgewalt verschleiert werden, taugt die Kriminalstatistik auch nicht, um Präventionsstrategien daraus zu entwickeln.

Deshalb fordern die Republikaner: Künftig müssen in allen Kriminalstatistiken, Einwohnermelde- und Ausländerdateien differenzierte Informationen über Herkunft und Staatsangehörigkeit aufgezeichnet werden, damit ein realistisches Bild der Verhältnisse in unserem Land möglich wird.



U-Bahn-Schläger in München, von Überwachungskamera gefilmt



CDU: Club der Umfaller

Haben Sie eine eigene Meinung? Weichen Sie manchmal vom linksliberalen Mainstream ab? Dann gehen Sie besser nicht zur CDU. Da werden Sie nämlich sofort rasiert, wenn die kommunistische „Linke“ und ihre Verbündeten in den Medien eine Kampagne gegen Sie beginnen.

Pech für den thüringischen Beinahe-Kultusminister Peter Krause, daß ihm das früher keiner gesagt hat. Weil er früher mal Redakteur der „Jungen Freiheit“ war und auch für andere intelligente rechte und konservative Medien geschrieben hat, die nicht ins platte linksliberale Einheitsschema passen, wurde er in einer Medien-Hetzjagd mit übelsten Diffamierungen und Unterstellungen zur Strecke gebracht. Und wie üblich hat sich die eigene Partei als Club der Umfaller erwiesen und war erleichtert, als Krause entnervt hinschmiß, bevor seine Familie in Gefahr geriet. Keine Antifa-Kampagne ist zu primitiv, als daß die Union sich damit nicht ihre besten Leute abschießen ließe.

An alle Konservativen und Selbstdenker, die immer noch in der CDU irgendwo überwintern: Rette sich, wer kann!

Reporter am Gängelband

Wer immer schon den Verdacht hatte, daß an den Schalthebeln der öffentlich-rechtlichen Nachrichtenredaktionen vor allem oberflächliche Konformisten sitzen, die gedankenlos jeden vorgefertigten Einheitsbrei wiederkäuen, der kann sich vom Wutausbruch des früheren ZDF-Auslandskorrespondenten Ulrich Tilgner bestätigt fühlen.

Glaubt man Tilgner, dann ist ernsthafte und unabhängige Recherche kaum noch gefragt bei den zuständigen Redakteuren. Die beziehen ihr vorgefertigtes Weltbild aus den Standard-Agenturmeldungen; der Auslandsreporter ist dann nur noch für die „journalistische Folklore“ zuständig, schimpft Tilgner, für die Bebilderung längst verfestigter Vorurteile.

Profi-Korrespondenten kritisieren insbesondere die „Agenturgläubigkeit“ der Redakteure: Was in den Meldungen von dpa, Reuters & Co. nicht vorkommt, gibt es für die meisten Journalisten auch nicht. **Das gilt übrigens nicht nur bei der Auslandsberichterstattung, sonst würde man ja auch häufiger etwas von den Republikanern lesen oder hören.**

Getroffene Hunde bellen

Groß ist die Empörung bei den Neostalinisten von der „Linkspartei“: Es sei „unverschämte“, daß ihre Partei weiter vom Verfassungsschutz beobachtet werde, obwohl sie doch in so vielen Parlamenten vertreten sei und in mehreren Ländern sogar Regierungsverantwortung trage.

Umgekehrt wird ein Schuh draus, Genossen: Der Skandal ist nicht, daß eine Partei beobachtet wird, die in der Vergangenheit für Mauer, Stacheldraht, Stasi und Schießbefehl zuständig war und die in Ost und West jede Menge Sektierer und Ewig-Gestrige in ihren Reihen hat, die sich diese Zeiten zurückwünschen – **der Skandal ist, daß so eine Partei überhaupt irgendwo an einer Regierung beteiligt wird.** Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch – **wehret den Anfängen!**

Steuerwucher auf Deutschlands Straßen

Benzinpreise, daß die Augen tropfen – da freut sich außer den Mineralölkonzernen nur einer: Der Bundesfinanzminister. Allein die Mehrwertsteuer aus den Rekord-Spritpreisen beschert dem Fiskus nach Schätzung von Experten Mehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Der Unmut der Bürger darüber ist so laut, daß man es sogar in Berlin gehört hat. Deshalb wohl hat das Bundeskabinett die Entscheidung über die geplante Reform der Kraftfahrzeugsteuer nach Kohlendioxid-Ausstoß – statt nach Hubraum – noch einmal aufgeschoben.

Ein guter Anlaß, um diese unsinnige Steuer gleich ganz zu kippen, meinen die Republikaner. Denn die CO₂-Steuer ist in erster Linie eine Strafsteuer für all jene, die nicht genug Geld haben, um Regierung und Autolobby zuliebe neue spritsparende Fahrzeuge zu kaufen. Mit „Klimaschutz“ hat das kaum etwas zu tun: Besteuert wird ja nicht der reale CO₂-Ausstoß; der ist bei

50.000 Kilometern mit einem modernen Spritsparer immer noch höher, als wenn man fünftausend mit einer alten „Dreckschleuder“ fährt.

Am besten wäre es deshalb, die Kfz-Steuer komplett abzuschaffen. Über die Mineralölsteuer wird jeder Autofahrer nach dem tatsächlichen Energieverbrauch besteuert.

Und zur Finanzierung des Straßennetzes wäre eine zweckgebundene allgemeine Vignette, die auch ausländische Durchreisende zur Kasse bittet, allemal gerechter als die Kfz-Steuer, die in allen möglichen Haushaltslöchern verschwindet.

Auf die klebrigen Finger geklopft

Dieser dreiste Griff in die Staatskasse ging daneben: Klammheimlich wollten sich die Bundestagsabgeordneten an den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst anhängen und ihre Bezüge zum zweiten Mal in kürzester Zeit kräftig erhöhen. Nach massivem Bürgerprotest wurde der Raubzug erst mal abgeblasen.

Es wäre auch noch schöner gewesen: Die Rentner mit einer mickrigen Erhöhung der Altersbezüge um 1,1 Prozent oder im Schnitt 13 Euro im Monat abspesen, den Familien und Durchschnittsverdienern als Lasteseln der Nation jede Steuererleichterung verweigern, aber sich selbst einen zweistelligen Zuschlag genehmigen und die Diäten allein zwischen 2007 und 2010 um 1150 Euro erhöhen – dieser Schlag ins Gesicht der arbeitenden Menschen war

an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten.

Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben, sagen sich die Diätenschlaumeier und kündigen schon an, es nach der Wahl wieder versuchen zu wollen. Der eigentliche Skandal blieb dabei vornehm ausgeklammert: **Die Luxus pensionen, die sich die Mitglieder des Bundestags auf Kosten der Steuerzahler genehmigen.**

Allein durch die jüngsten Diätenerhöhungen wären die



Fette Henne mit Naschzwang

Pensionsansprüche der Bundestagsabgeordneten um elf Prozent gestiegen – zehnmal mehr, als man dem Durchschnittsrentner zubilligen wollte.

Die Republikaner fordern deshalb eine Neuregelung der Altersvorsorge der Abgeord-

neten, die künftig selbst für ihren Ruhestand vorsorgen sollten. Vorher, meint die geschäftsführende stellvertretende Bundesvorsitzende der Republikaner, Uschi Winkelsett, brauche man über Diätenerhöhungen gar nicht erst wieder zu reden.

Gutmenschin unter Anklage

Wer erinnert sich noch an Mittweida?

Die Schülerin, die angeblich ein von bösen Neonazis bedrohtes kleines Mädchen verteidigt hatte und dafür von den Unholden ein Hakenkreuz in die Hüfte geschnitten bekam?



Im Februar hat die vermeintliche Heldin noch den Ehrenpreis des regierungsgesteuerten „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ erhalten. Jetzt hat der Staatsanwalt Anklage erhoben: Die Ritzerei war wohl selbstgemacht, der Neonazi-Überfall erfunden.

Ein Opfer ist das Mädchen dennoch – ein Opfer der allgemeinen Hysterie „gegen rechts“. Unter der Propaganda-Dauerberieselung von Medien, Altparteien und Betroffenheitsindustrie kann ein ungefestigter junger Mensch schon mal in Verwirrung geraten.

Die CDU-Politiker, die jetzt wortreich beklagen, was für einen „Makel“ man der bedauernswerten Stadt Mittweida angehängt habe, sollten sich allerdings fragen, warum sie denn immer ganz vorne mitlaufen müssen, wenn die kommunistischen Agitprop-Experten von der „Linken“ wieder eine neue „antifaschistische“ Sau durchs Dorf treiben.

Kommentar ...

Leistungsträger
raus –



**Verlierer
rein**



Die Deutschen packen die Koffer. 165.000 haben 2007 ihrem Land den Rücken gekehrt, nur 111.000 sind wieder nach Hause gekommen – ein Wanderungsverlust von 54.000.

Dafür sind im selben Zeitraum über 100.000 Ausländer mehr nach Deutschland gekommen als wieder ausge-reist.

Damit sei „die seit 2001 anhaltende Tendenz einer rückläufigen Zuwanderung von Ausländern unterbrochen worden“, jubeln die Statistiker. Fragt sich bloß, ob die Neuzuwanderer auch alle einen positiven Beitrag zu Wirtschaft und Gesellschaft leisten. Von einer Umkehr des Trends zur Einwanderung in die Sozialsysteme hat man nämlich noch nichts gehört.

Die Deutschen, die gehen, sind zudem vor allem gut ausgebildet: Beliebteste Zielländer sind Schweiz, Österreich und USA – da geht man vor allem hin, wenn man bessere berufliche Chancen sucht. Die Wanderungsbilanz der Deutschen sinkt kontinuierlich.

Im Interesse unseres Landes müssen wir zunächst mal die eigenen guten Leute im Land halten, bevor neue Einwanderungslösungen gesucht werden. Leistungsträger raus – Leistungsempfänger rein: Das ist kein Rezept für die Zukunft.

Satire

Michel meint ...



Vom Michel mit der Zipfelmütze,
kursieren oft gar üble Witze.
Von Einfalt ist fast stets die Rede,
man stellt ihn dar als sei er blöde.
In manchen Dingen mag das so sein,
da ist er nicht ganz stubenrein,
das eigne Nest wird da beschmutzt,
als Abraumhalde gar benutzt,
und nur um ändern zu gefallen,
läßt er ganz froh die Korke knallen,
feiert so mit viel Applaus,
den Ruin im eignen Haus.

Und die eig'ne Führungsschicht
ist zu doof und sieht das nicht,
oder schließt davor die Augen.
Ein Beweis, daß sie nichts taugen!
Um von all dem abzulenken,
äußert man gekonnt Bedenken,
wegen rechter Extremisten,
mancher nennt sie gar Faschisten,
die den Staat in Frage stellen.
Beweis dafür sind linke Quellen.

Dem Volk verspricht man von Mal zu Mal,
besonders oft vor jeder Wahl,
daß man demnächst mehr Wohlstand
schaffe,
wenn nur der Wähler nicht erschlafe.

Wenn es dann wieder mal geschafft,
dann kommt die Zeit, in der man rafft.
Zum Einsatz kommen Ellenbogen,
es wird gemauschelt, ja gelogen.
Das Brutto hält man gar für Netto,
und hat so manches noch in petto.

Auf jeden Fall, das Spiel mit Zahlen,
bereitet scheinbar größte Qualen.
Man rechnet hin, man rechnet her,
im Endeffekt wird es nicht mehr.

Scheinbar gibt es nur noch Miese,
hier irrte wohl schon Adam Riese.
Nur einmal stimmts mit den Moneten,
es ist der Fall bei den Diäten.

Republikaner stiften Europapreis

Eine Auszeichnung für Politiker, die sich für die Rechte ihrer Nation eingesetzt haben und die sich darin trotz staatlicher Willkür und gesellschaftlicher Ächtung nicht haben beirren lassen: Das ist der von den Republikanern gestiftete „Europapreis“, der anlässlich des Europakongresses in Rosenheim erstmalig verliehen wird. Erster Preisträger ist der langjährige Vorsitzende des „Vlaams Belang“, Karl Dillen. Stellvertretend für den Verstorbenen wird die Tochter den Preis entgegen nehmen.

Der Europapreis ist ein Gegenentwurf zum Internationalen Karlspreis, der sich von seinen Ursprüngen längst weit entfernt hat. Mit dem Karlspreis sollte einst die Bürgerschaft Einfluß auf das politische Geschehen in Europa gewinnen, um bei der friedlichen Gestaltung der Zukunft mitzuwirken. Doch 58 Jahre später haben die Bürger weniger Einfluß auf das politische Geschehen in Europa als bei der ersten Verleihung des Internationalen Karlspreises von Aachen.

Es ist Zeit, daß sich hier Grundlegendes ändert und die Bürger wieder Herr im eigenen Haus werden. Wenn sich in Rosenheim das „Europa der Vaterländer“ zum Europakongreß 2008 einfindet, ist der Rahmen geschaffen, den Europapreis erstmals zu verleihen.



Aufstehen gegen Inländerfeindlichkeit

Die Projekte gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Intoleranz und die Steuergelder, die dafür vergeudet werden, kann keiner mehr zählen. Die Benachteiligung der Einheimischen im real existierenden Multikulturalismus fällt dabei regelmäßig unter den Tisch. Eine Initiative der FPÖ Wien, die ganz ohne Geld vom Staat auskommt, schließt diese Lücke wenigstens in Österreich: Die „Beobachtungsstelle für Inländerdiskriminierung“.

Seit die Wiener Landesgruppe der Freiheitlichen im Februar die Beobachtungsstelle eingerichtet hat, haben die Bürger telefonisch oder über das Internet (www.fpoe-wien.at) schon über tausend Fälle von Ausländerbegünstigung gemeldet. Das Spektrum reicht von Beschimpfungen über sexuelle Belästigungen bis zur rassistischen Gewalt. Auf öffentlichen Beistand können sich Inländer, anders als Einwanderer, dabei in den seltensten Fällen verlassen: Die alltägliche Diskriminierung Einheimischer durch die Behörden zu dokumentieren ist daher ein besonderes Anliegen der Initiatoren.

„Inländerdiskriminierung ist auch in Deutschland ein brennendes Problem“, begrüßte der bayerische Landesvorsitzende der Republikaner, Johann Gärtner, die Initiative der Wiener Freiheitlichen. Die Republikaner würden deshalb ebenfalls eine solche Beobachtungsstelle schaffen: „Wir handeln, während die verantwortlichen Politiker schweigen.“

Die Lehrlingslücke

Eben noch drohten die Sozialpolitiker der großen Parteien den Betrieben mit massiven Zwangsmaßnahmen zur Abstellung des Lehrstellenmangels, da verkehrt sich das Problem schon in sein Gegenteil: Die Lehrlingslücke bremst den Erfolg des deutschen Mittelstands.



Erstmals seit sieben Jahren gibt es in diesem Jahr wieder mehr Lehrstellen als Bewerber. Doch obwohl an die hunderttausend „Altbewerber“ seit Jahren vergeblich einen Ausbildungsplatz suchen, werden viele Lehrstellen nicht besetzt werden können. Ein Grund: „Zwanzig Prozent der Schulabgänger können allenfalls auf Grundschulniveau lesen, schreiben und rechnen“ und sind nicht ausbildungsfähig, klagt der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK).

Den Umverteilungspolitikern fällt dazu nichts anderes ein als ein „Ausbildungsbonus“ von bis zu 6000 Euro für Betriebe, die solche „Altbewerber“ zusätzlich einstellen. DIHK-Präsident Ludwig Georg Braun hält das für Geldverschwendung. Wichtiger wäre eine bessere Schulbildung der Jugendlichen.

Dafür freilich wäre nicht zuletzt eine andere Einwanderungspolitik notwendig, um die Unterschichtseinwanderung chancenloser Integrationsverweigerer in die Sozialsysteme zu beenden. Das ist unbequemer, aber allemal sinnvoller als teure Finanzspritzen, die nur zu Mitnahmeeffekten führen.

Absender nicht vergessen!

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefonnummer

- Ich wünsche weitere Informationen.
- Ich möchte Mitglied werden.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.

Nutzen Sie Ihren Informationsgutschein!

Einfach ausschneiden, ausfüllen, einkuvertieren und absenden an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER
Bundesverband
Postfach 520129, 48087 Münster

Impressum

DIE REPUBLIKANER, Bundesverband
Postfach 870210, 13162 Berlin
Telefon (0 1805) 737-000 (14 ct./min.)
Fax (0 1805) 737-111 (14 ct./min.)
E-Mail: info@rep.de, Internet: www.rep.de
V.i.S.d.P.: U. Winkelsetz

Unzufrieden mit der Politik in Deutschland?

Sie wollen etwas ändern? Dann tun Sie's mit uns:

Was wir dazu dringend benötigen und worum wir Sie ganz herzlich bitten, ist die größtmögliche Finanzhilfe zur Förderung unserer Wahlanstrengungen. Nur mit Ihrer Hilfe können wir uns gegen die Übermacht der linken Parteien- und Medienmacht durchsetzen. (Spenden sind steuerlich absetzbar!)

Wenn Deutschland noch eine rechtskonservative Zukunft haben soll, dann gibt es nur eine Alternative:

DIE REPUBLIKANER REP
Spendenkonto Nr. 387 450 460
Postbank Dortmund (BLZ 440 100 46)

**RICHTIGE
EHRliche
POLITIK**

Nur bei Angabe der vollständigen Anschrift, kann eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden.